
DISKUSSIONSFORUM

"You don't have to be a weatherman to know where the wind blows"*

Erstaunte Anmerkungen zu Gunther Tichys Besichtigung der TA-Landschaft**

von Fritz Gloede, ITAS

1. Vorbemerkungen

Einerseits gehe ich davon aus, daß Gunther Tichy, wiewohl Chef des Instituts für TA an der *Österreichischen Akademie der Wissenschaften*, seine Erfahrungen und Schlußfolgerungen zu TA nicht allein aus der Perspektive seines Landes, immerhin eines "der wenigen" (S.122), deren Parlament bei Bedarf über TA verfügt, verstanden wissen möchte. All seine Äußerungen beziehen sich, soweit ich erkenne, auf Europa generell (bzw. auf einen Vergleich Europas mit den USA).

Andererseits unterstelle ich, daß es dem Autor, ähnlich wie mir, nicht *allein* aus (legitimem!) Eigeninteresse um eine "Verankerung von TA" (S.124) geht, sondern auch deshalb, weil er (*Entscheidungs-*)*Probleme* in Politik und Gesellschaft sieht, zu deren Bearbeitung TA ihre spezifischen "Stärken" (123 ff.) anzubieten hätte.

Gleichwohl ist solch ein *Problembezug* nicht durchweg Bezugspunkt seiner Überlegungen. Vielfach schieben sich, wie mir scheint, die Sorgen um *Selbsterhalt und "breite Anerkennung"* (S.121) von TA-Institutionen allzu sehr in den Vordergrund bei seiner Suche nach den "richtigen Ansatzpunkten" (S.123) – etwa dann, wenn er sich *vorwiegend* jenen Problemen zuwenden will, "bei denen tatsächlich Einflußmöglichkeit besteht" – bzw. jenen Adressaten, die "bereits heute TA-Beratung *nachfragen*" (ebd.). Die etwas zwiespältige Bezugnahme mag dazu geführt haben, daß Tichys General-Prämisse: "Klassische TA paßt nicht mehr" mit eigenartig vagen Beschreibungen einsetzt. Mir jedenfalls ist beim Lesen nie ganz klar geworden, wieweit sich der Autor die beschriebenen

Kritikpunkte an der "klassischen TA" zu eigen macht – oder ob er die dargestellte Kritik 'nur' als solche Tatbestände in der Umwelt von TA-Institutionen zur Kenntnis nehmen will, die im Lichte der OTA-Schließung (S.122) eine argumentativ wie pragmatisch kluge Antwort erfordern.

Im einen wie im anderen Fall aber sind dann seine "neuen" Aufgabenbestimmungen oft nicht verträglich mit den Ergebnissen der rückblickenden Bilanz. Und *beide* leiden m.E. unter pauschalen Unterstellungen von Sachverhalten, die einer näheren Überprüfung nicht standhalten.

Dies möchte ich im folgenden begründen.

2. Zur Anamnese

Daß der TA gegenwärtig der "Wind ins Gesicht" bläst (122), läßt sich knapp gesagt doppelt verstehen:

- Einmal könnte der "Wind" in fundierter Kritik am Leistungsvermögen von TA, insbesondere hinsichtlich der Kernpunkte ihres klassischen Programms bestehen. Tichy nennt hier vor allem den "Steuerungsanspruch", den Anspruch auf wissenschaftliche "Objektivität", den Anspruch auf "comprehensiveness" und die vornehmliche Orientierung aufs (wenn nicht gar institutionelle Einbindung ins) Parlament. In diesem Fall wäre eine ernsthafte Prüfung erforderlich – mit dem Ziel, sowohl korrigierende Konsequenzen aus stichhaltigen Argumenten zu ziehen als auch nicht überzeugende Behauptungen zurückzuweisen. Solche Auseinandersetzungen haben in Vergangenheit und Gegenwart in nicht geringem Umfang tatsächlich stattgefunden; verbleibende Auffassungsdifferenzen und gegensätzliche Intentionen haben sie freilich nicht beseitigen können.
- Andererseits, und dies legt die Wetter-Metapher im Grunde näher, könnte es sich bei dem scharfen Nord-Ost um politische oder gesellschaftliche Positionen handeln, 'denen die ganze Richtung nicht paßt', die also weder die *Begründungen* für die Einrichtung von TA-Institutionen teilen noch an einer *Stärkung parlamentarischer Ein-*

flußnahme auf Technikpolitik oder gar deren *öffentlicher* Politisierung interessiert sind. Solche Positionen sind ebenfalls in Vergangenheit und Gegenwart immer wieder vorgetragen worden; sie haben u.a. auch bei der Schließung des OTA Pate gestanden. Selbstverständlich wäre es für TA-Einrichtungen grob fahrlässig, solche externen Bedingungen zu ignorieren; dennoch sind aus ihnen erkennbar andere Schlußfolgerungen zu ziehen als aus der Kritik an verfehlten Zielsetzungen oder unerfüllbaren Ansprüchen.

Tichys Formulierungen changieren zwischen beiden Kontexten. So hebt seine Darstellung einerseits auf veränderte strukturelle Rahmenbedingungen und einen Überzeugungswandel hinsichtlich der wissenschaftlichen Leistungsfähigkeit (nicht nur) von TA gegenüber ihrer Entstehungsphase in den sechziger und siebziger Jahren ab. Sie rekurriert ferner auf Differenzen zwischen dem amerikanischen Regierungssystem und den politischen Systemen in Europa. "Vieles ist anders", sagt er (121).

Auf der anderen Seite jedoch signalisiert seine Darstellung (S. 121 ff.) ganz allgemein, daß Politiker gelegentlich gar keine Politikberatung wünschen (allenfalls "politische Beratung"); daß sie vielfach Wertfreiheit gerade dort zu wünschen vorgeben, wo diese aufgrund ungeklärter und strittiger Sachverhalte am wenigsten zu erwarten ist; daß sich der politische Wind vom Neo-Keynesianismus zur "Modeerscheinung"(!) Neo-Liberalismus gedreht hat (was bekanntlich selbst schon wieder der Kritik unterliegt); kurzum: daß TA aus Gründen je aktueller politischer und gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse "weniger gefragt" (128) sein könnte.

Soweit die letztgenannte Kritikdimension angeprochen ist, werden Korrekturen am (klassischen) TA-Programm aus Gründen gegebener Machtverhältnisse vielleicht erzwungen, basieren gleichwohl nicht zwingend auf argumentativ überzeugenden Einwänden. Keinesfalls ließe sich mit solcher Art "Kritik" die pauschale Aussage rechtfertigen, daß "klassische TA nicht mehr paßt" – es sei denn, man sagt: *wem* nicht!

Bevor ich einen Blick auf die erstgenannte Kritikdimension werfe, sei der Beruhigung halber mitgeteilt, daß der eisige Wind, den

Tichy uns nahelegt, gar so beißend nicht sein kann. Technikfolgen-Abschätzung muß in vielen europäischen Ländern institutionell als (erfolgreich) etabliert gelten (vgl. von Westphalen 1997; Vig/Paschen 1998); sofern dies in süd- und osteuropäischen Ländern nicht der Fall ist, lassen sich dort zumindest erhebliche Bemühungen in eine solche Richtung erkennen. Anzeichen für einen *gegenläufigen* Trend sind mir ebensowenig bekannt wie "destruktive" Äußerungen maßgeblicher Politiker in jenen Ländern, in denen TA bereits (*auch* parlamentarisch!) präsent ist. Wenn überhaupt, besteht wohl weniger Grund zu existenzieller Sorge als eher zu einer gewissen Desillusionierung bezüglich des "Einflusses" und der "Folgen", die die erfolgreiche TA-Institutionalisierung auf/für die gesellschaftliche Technikentwicklung gehabt hat. Soweit diese Desillusionierung von Tichy geteilt wird, wäre allerdings zu fragen, inwieweit sie dem *Programm von TA* zu gelten hätte – oder nicht vielmehr den *aktuellen* (und das heißt: veränderbaren) *politischen und gesellschaftlichen Bedingungen*. Darauf wird in der Diskussion seiner Therapievorschlüsse zurückzukommen sein

Gehen wir zunächst jene Punkte durch, die sich virtuell dem Kontext seriöser TA-Kritik zuordnen lassen. Zu meinem größten Erstaunen sieht Tichy hier das "klassische" TA-Programm mit einem illusionären (und überdies unzeitgemäßen?) *Steuerungsanspruch* verbunden. Bereits in dem nicht ganz unbekanntem wie nicht ganz neuen Werk "Technology Assessment-Technologiefolgenabschätzung" heißt es, TA solle der politischen *Entscheidungsvorbereitung* dienen, wobei – so hieß es schon damals – die Differenz zwischen *Entscheidungsvorbereitung* und *Entscheidung* "von vielen Autoren besonders hervorgehoben" werde (Paschen, Gresser, Conrad 1978, S 16). Wie sich zeigen läßt, wurde bereits in den frühen 70er Jahren allergisch auf etwaige technokratische Anwandlungen von TA-Befürwortern reagiert. Etwas anderes von in ihrer Entscheidungskompetenz bedrohten Entscheidern zu erwarten, wäre wohl auch naiv.

Dementsprechend wurden recht bald und in kaum enden wollender Folge Bescheidenheitsadressen seitens der meisten TA-Experten abgeliefert (ähnlich wie heutzutage rituell die *Chancenerkennung* als TA-Aufgabe betont wird). In einem leicht verschobenen Kontext

bekommt der Technokratie-Vorwurf gegen TA jedoch eine völlig neue Note. Wer etwa die frühe und einschlägige Kritik von Brian Wynne (1975) studiert, wird erkennen, daß es paradoxerweise eher die Entscheidungsträger selbst waren, die ihren Entscheidungen mit "profunder" TA-Expertise ein legitimatorisches Mäntelchen umhängen wollten. Wynnes Kritik hebt zu Recht darauf ab, daß TA mit derartigen Legitimationen (auf seriöse Weise jedenfalls) nicht aufwarten kann. Schon der Umstand, daß das TA-Programm i.d.R. die Entwicklung von *pluralen Handlungsoptionen* vorsieht, läßt sich nicht gut mit der Vorstellung eines technokratischen one-best-way vereinbaren. Auch wenn der Scoping-Prozess ebenso wie das *selektierte* Spektrum "denkbarer" Optionen bereits rechtfertigungsbedürftige Auswahlentscheidungen implizieren, ist es vor diesem Hintergrund doch einigermaßen abwegig, von "*den*" *Ergebnissen* einer TA-Studie zu sprechen, die sich womöglich direkt in politische Entscheidungen umsetzen ließen.

Auch hier scheinen es mir eher Akteure aus der gesellschaftlichen Umwelt von TA zu sein – zudem auch einige TA-ferne, disziplinär orientierte Wissenschaftler –, die solches zuweilen im Sinne haben, wenn sie an eine Evaluierung von TA-Praxis denken (vgl. Gloede 1991). Dem "klassischen" TA-Programm jedenfalls (von Paschen u.a. immer wieder auch als "strategisches Rahmenprogramm" bezeichnet), soweit es dann institutionell verankert wurde, ist jener kritisierte "Steuerungsanspruch" fremd.

Ähnlich verhält es sich mit dem zweiten kritisierten Postulat, dem Anspruch auf *wissenschaftliche "Objektivität"*. Obwohl einem technokratischen Steuerungsverständnis ggf. verschwistert, befindet TA sich hier zugleich in einem ganz eigenen Dilemma. Betonen das Programm und seine Protagonisten die "Wertsensibilität" ihrer interdisziplinären, problemorientierten wie entscheidungsbezogenen Unternehmungen, fallen sie leicht ebenso der Beschimpfung anheim, wie wenn sie behaupten, das Gegenteil sei der Fall. Wiederum ist es meist eher die Seite der (politischen) Adressaten, die "Objektivität" selbst dann anmahnt, wenn sie selbst an der Problemformulierung beteiligt war. Erkennbar handelt es sich erneut um ein Dilemma, das der TA-Praxis durch ihre widersprüchlich verfaßte gesellschaftliche

Umwelt zuwächst – und nicht um eines, das ihrem Programm selbst entspringt (vgl. Gloede 1991, S. 304 ff.).

Was daraus freilich für den Umgang mit normativen Implikationen (oder gar Setzungen) in TA-Studien folgt – eine Frage, die die praktische Ethik nicht müde wird, der institutionalisierten TA vorzulegen –, das steht auf einem anderen Blatt und soll an dieser Stelle nicht weiter erörtert werden.

Am ehesten wäre ich unter Umständen bereit, die Kritik am Programmpunkt der "*umfassenden Folgenabschätzung*" (*comprehensiveness*) zu teilen. Hier scheint mir in der Tat ein *programmatisch* verankertes Dilemma vorzuliegen. In szientistischer Verkürzung verstanden, liefe eine "umfassende" TA zwangsläufig auf die nicht lösbare Aufgabe einer Analyse *aller* komplexen Weltzusammenhänge hinaus. Ein solcher Anspruch wird freilich vom klassischen TA-Programm nicht wirklich erhoben; vielmehr wird hier – u.a. mit Rekurs auf den vorgängigen Prozeß der Problemdefinition – die unvermeidbare *Abgrenzungsproblematik* in Relation zum Anspruch auf "Vollständigkeit" bei der Anlage des wissenschaftlichen Teils einer TA-Studie diskutiert (vgl. etwa Paschen, Gresser, Conrad, 1978, S. 46 ff.). Gegenüber diversen zeitlichen, finanziellen, pragmatischen wie schließlich auch wissenschaftlichen Gründen, die eine wortwörtlich verstandene Vollständigkeit der Analyse nicht erlauben, scheint mir das eigentliche Dilemma eher darin zu bestehen, daß sich hier zwei *gleichermaßen relevante* und *gleichermaßen pragmatische* Zielsetzungen des TA-Programms potentiell widersprechen.

Einerseits soll TA ja *entscheidungsbezogen* operieren, was u.a. zur Anforderung der "timeliness" führt. Auf der anderen Seite ist das Programm einer *problemorientierten* TA der Erkenntnis verpflichtet, daß die *Ausblendung* von gewöhnlich nicht wahrgenommenen Zusammenhängen, von sachlichen, zeitlichen und sozialen Interdependenzen, von interner und externer Systemkomplexität zu unliebsamen Überraschungen führen kann – nicht zuletzt für die Entscheider selbst. Im Unterprogramm der "Früherkennung" von sekundären und tertiären (etc.) Folgen, hat diese problemgenerierte, pragmatische (!) Zielsetzung ihren wichtigsten Niederschlag gefunden. Wie zumeist bei einem prinzipiell nicht aufhebbaren Dilemma versucht

auch das TA-Programm, ihm durch Prozeduralisierung zu entkommen. Neben den auswahlrelevanten Stufen der Problemdefinition und Gegenstandsabgrenzung (s.o.) wird TA zudem als iterativer Prozeß reklamiert, der auf zuvor ausgegrenzte und/oder aktuell wissenschaftlich nicht beantwortbare Fragen zu einem späteren Zeitpunkt zurückzukommen hätte.

Während das *TA-Programm* also einen pragmatisch vertretbaren Umgang mit dem Postulat der "Vollständigkeit" gefunden hat – und dies bereits seit mehr als 20 Jahren! –, reflektieren "Vollständigkeit" und "Früherkennung" zugleich ein massives politisches bzw. Entscheidungsdilemma (vgl. dazu etwa Bechmann, Gloede 1991). Wie mir scheint, entspringt Tichys Kritik eher diesem Kontext. Insbesondere vermag ich seine etwas apodiktische Behauptung nicht nachzuvollziehen, daß politische Fragen längst entschieden oder vergessen seien, bis "comprehensive" TA-Studien endlich zu Ergebnissen kämen. Soweit Tichy sich diese Auffassung zu eigen gemacht haben sollte, verrät sie eigentlich mehr über den Zuschnitt alltäglicher politischer Entscheidungsprobleme als über das Dilemma der TA. In der Tat gibt es seitens der TA-Adressaten mehr Fragen, die in eingeschränkten, womöglich gar nur "partiellen" TAs zu bearbeiten sind, als solche, die eine längerfristige TA-Studie, also eine möglichst gründliche Rekonstruktion des Problemfelds, erforderten. Man mag davon halten, was man will; mein Punkt an dieser Stelle ist, daß dabei meist jenes politische bzw. entscheidungspraktische Dilemma auf die "Behändigkeit" von TA abgeladen wird, obwohl es i.d.R. nicht die TA-Institute sind, die vorzugsweise langfristigen Studien das Wort reden. Im übrigen sind uns durchaus auch umgekehrt proportionale Verhältnisse geläufig: Man denke etwa an den Bereich der Klimapolitik, wo gewissen Politikern die Forschung gar nicht lange genug währen konnte, während viele Forscher auch mit beschränkter Gewißheit zur Eile bei den Entscheidungen mahnten!

Ob also und unter welchen Voraussetzungen politische Fragen entschieden oder vergessen werden, muß nicht zwangsläufig mit den ursprünglich formulierten Problemwahrnehmungen der Beteiligten zu tun haben – und schon gar nicht mit der sogenannten "Sache". Gerade an dieser Stelle kann ich es mir nicht

verkneifen darauf hinzuweisen, daß Entscheidungsträger meist viel häufiger den "Sachzwang" im Munde führen als "technokratieverdächtige" TA-Experten. Bedauerlicherweise scheint Tichys Wahrnehmung von den nur allzu geläufigen Stereotypen nicht frei zu sein. So hält er es für möglich, daß der "technische Fortschritt" dem Abschluß längerfristiger TA-Studien gleichsam davonlaufe – seien sie endlich abgeschlossen, hätte sich vielfach "die Technik (..) bereits geändert" (124). Statt vieler Gegenargumente sei zunächst einfach angemerkt, daß etwa die deutsche Stiftung Warentest notorisch mit einem solchen Dilemma konfrontiert ist, was weder sie daran hindert, die "veralteten" Testergebnisse zu produzieren noch ihre Klientel, diese mit Interesse zu studieren. Wie ein zweiter Blick auf das Beispiel zeigt, handelt es sich bei der Rasanz des "technischen Fortschritts" oft nur um interessierte "Modellpolitik" der Industrie, die auf diese Weise u.a. negative Bewertungen zu unterlaufen sucht.

Aber im Ernst: Je "umfassender" TA-Studien zu einem Problemfeld angelegt werden, je grundsätzlicher also die aufgeworfenen Fragen erscheinen (und dies ist bekanntlich nicht sehr oft der Fall!), desto weniger werden sie in ihren Ergebnissen allzu konkreten Auslegungen der jeweiligen Techniklinie verhaftet sein; vielmehr soll ein solcher TA-Prozeß i.d.R. eher "Orientierungswissen" erbringen als unmittelbar "entscheidungsrelevante" Ergebnisse zu eng umrissenen Detailfragen. Auch in diesem Punkt, ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, scheint Tichy wenig vertraut mit der mittlerweile in die Jahre gekommenen TA-Literatur, die dennoch – quod erat demonstrandum – für zahlreiche gängige Irritationen längst tragfähige Antworten bereithält.

Schließlich zum letzten Punkt der Tichyschen Anamnese: Die **Parlamentsorientierung oder gar "Fixiertheit"** der sogenannten klassischen TA als Ausweis mangelnder Paßform. Allein die Fakten sprechen eine andere Sprache, auch wenn das OTA zweifelsfrei eine Einrichtung für den amerikanischen Kongreß war. Wie es scheint, hat Tichy aus den Augen verloren, daß die OTA-Gründung als *Reaktion* auf ein wahrgenommenes kognitiv-wissenschaftliches Übergewicht der Administration erfolgte. Auch wenn die damaligen Beratungsinstitutionen und

think-thanks ihre Tätigkeit (noch) nicht TA nannten, hatten sie – etwa als operations research und systems analysis – bereits gewisse Ähnlichkeiten mit dem Konzept von TA; auch personell lassen sich hier die Linien zurückverfolgen.

Sei's drum. Für Europa gilt allemal, daß die Administration in den verschiedenen Ländern zumindest parallel zur parlamentarischen Institutionalisierung, wo dieser nicht voraussehlend, über TA-Kapazitäten verfügte und verfügt (vgl. etwa Schmitt 1994; Vig/Paschen 1998). Daß *parlamentarische* Einrichtungen, die oft erst nach langjährigen Auseinandersetzungen in möglichst kleinvolumigem Umfang das Licht der Welt erblickten, tatsächlich (vornehmlich!) für Parlamente arbeiten, versteht sich. Schon rein logisch läßt sich offenkundig daraus nicht der Schluß ableiten, "die" TA sei parlamentsfixiert.

Neben dem Nachweis eines faktischen Irrtums läßt Tichys Lamento eine weitergehende Deutung zu. Nicht die Parlamentsfixiertheit *der* klassischen TA wäre danach das Problem, sondern die Nicht-Eignung der Parlamente *für* TA (122). Insofern grenzt es an ein Wunder, daß sich trotz aller Widrigkeiten eine Reihe europäischer Parlamente TA-Institutionen zugelegt haben, *obwohl* in ihnen das Schema Regierung-Opposition vorherrscht und nicht das viel beschworene amerikanische Schema Kongreß-Präsidentenadministration. Daß ausgerechnet dort, wo parlamentarische TA dieser Wahrnehmung entsprechend "paßt", die Beseitigung der Einrichtung erfolgte, während sie munter (freilich in bescheidenem Ausmaß) dort ihrem Geschäft nachgehen kann, wo ihr Tichy zufolge recht eigentlich die Funktion fehlt –, allein dies hätte ihm zu denken geben müssen. Doch mußte nicht erst Monica Lewinsky in Erscheinung treten, um zu erhellen, daß die oft überstilisierte Differenz von Parlament und Administration auch in den USA keineswegs das Maß aller Dinge ist. Schon sehr früh wurde diese vermeintlich zentrale Differenz auch ganz einschlägig als eine Art Rechtfertigungsmythos im Kontext der OTA-Institutionalisierung enttarnt (vgl. Casper 1978).

Nimmt man sodann Tichys euphorische Entdeckung der Administration als "neuen" vielversprechenden Klienten von TA hinzu, reibt man sich doch verduzt die Augen. Nicht

nur handelt es sich um keine Neuerrungenschaft, sondern um langjährige Praxis (jedenfalls in außerösterreichischen Ländern). Überdies wird damit implizit gerade jene spezifische Aufgabenstellung dementiert, der parlamentarische Einrichtungen ihre Begründung verdanken. Im Gegensatz zu vielen (sagen wir mal: deutschen) Politikern, die auch heute noch und trotz ihrer Hilfstruppen über ein systematisches Wissensdefizit des demokratisch gewählten Parlaments gegenüber weit besser ausgestatteten Verwaltungsapparaten klagen, scheint Tichy sich eben doch weit mehr um die Anerkennung und den Entscheidungseinfluß zu sorgen, die (s)einer TA-Institution zuteil werden.

Aber sein neuer Hoffnungsträger, die Verwaltung des politischen Systems, gehört eben auch zu diesem. Es muß fehlender Erfahrung im Umgang mit der "neuen" Klientel geschuldet sein – oder aber gänzlich anderen Maßstäben als denen, die ans Parlament angelegt werden –, daß Tichy so frohgut in diese Zukunft blickt.

3. Zur Therapie

Neben den gegeißelten "Schwächen" stellt Tichy als "Stärken" der TA namentlich heraus:

- die Langfristorientierung,
- die Interdisziplinarität,
- die "Zusammenschau".

Während sich sein Diskussionsbeitrag in der Anamnese viele jener Argumente zu eigen gemacht zu haben scheint, die aus wissenschaftlicher wie aus politischer Blickrichtung *gegen* TA-Konzept und -Praxis erhoben worden sind, feiern nun plötzlich ebenso alte – und bereits ebenso heftig kritisierte Postulate fröhliche Urständ.

So behauptet Tichy nicht nur, die klassische "**Langfristorientierung**" sei wie geschaffen für die "neuen" (vom Autor durchweg postulativ formulierten) Regulierungsaufgaben der Administration. Wissenschaftlich schreckt er nicht davor zurück, gegen geläufige Auffassungen die *Notwendigkeit und Möglichkeit von Prognosen* zu behaupten (125 ff.).

Man mag zum Thema "Prognose" ja stehen, wie man will –, ganz sicher aber scheint mir die diesbezügliche Debatte über die Alternative *Möglichkeit vs. Unmöglichkeit* hinaus zu

sein. Etwas pointiert gesagt: Schon das erste Element seiner "neuen" oder auch nur erneuerten TA macht einen etwas überalterten Eindruck.

Was mir aber weit problematischer zu sein scheint, ist – Pardon! – die Blauäugigkeit, mit der Tichy auf eine Verwaltung setzt, die es so wahrscheinlich nur in seinen Wunschvorstellungen gibt. Vielleicht sollte er im Kontext der "Langfristorientierung" doch noch einmal einen Blick zurück in die neuere Zeitgeschichte werfen und sich dort das Schicksal vor Augen führen, welches etwa die *von der deutschen Verwaltung selbst* vorgebrachte Idee der Entwicklung eines "Frühwarnsystems" ereilt hat, zu Zeiten nota bene, als von gesellschaftlicher Planung *nicht mehr* und von Deregulierung *noch nicht* die Rede war (vgl. Gloede 1987)! Falls Tichy meinen sollte, das könnte am negativen Beiklang dieses Unwortes gelegen haben, über den man heute zum Glück hinaus sei (123), so sei ihm versichert: Dieselben *strukturellen* Restriktionen treffen auch auf die Idee einer "Chancenfrüherkennung" zu – ganz gleich, ob diese nun im parlamentarischen oder im administrativen Raum Platz greifen soll.

Zum Stichwort "**Interdisziplinarität**" als Stärke von TA ist demgegenüber wenig zu sagen außer:

- Daß TA sicher *nicht exklusiver* Ort solcher Kooperationsformen in den Wissenschaften ist, sondern daß tendenziell alle problemorientierte Forschung nicht mehr ohne Interdisziplinarität zu realisieren ist. (Welche grundsätzlichen wie praktischen Probleme mit ihr nach wie vor verbunden sind, darüber findet sich bei Tichy freilich kein Wort).
- Daß es sich bei dieser Stärke erklärtermaßen *nicht um etwas "Neues"* handelt und also ganz sicher auch um keinen Grund, sich Tichys Ausgangsprämisse von der Überholtheit der "klassischen TA" anzuschließen.

Bleibt als dritte und verblüffendste Stärke die der "**Zusammenschau**". Zunächst ist unstrittig, daß weder die Strukturierung von Problemwahrnehmungen noch die Strukturierung von Entscheidungsoptionen Neuheitsanspruch reklamieren können. Tichy erklärt die diesbezüg-

liche Kompetenz von TA ja zu einer jener Stärken, an denen es festzuhalten gelte. Neuheit scheinen eher die zunehmende (!) Vielfalt wissenschaftlicher und pseudowissenschaftlicher Studien und der öffentliche Widerstreit der Meinungen zu signalisieren (123). Ein kurzer Moment der Rückbesinnung belehrt uns jedoch, daß genau diese Phänomene Begleitumstände aller technik- und umweltpolitischen Kontroversen *seit den 60er Jahren* waren und sind. Ganz abgesehen von der weiteren Frage, ob die von Tichy reklamierte Fähigkeit zur "Zusammenschau" nicht doch eine Prise jener heftig gescholtenen "comprehensiveness" voraussetzt, muß es besonders verwundern, daß Tichy ausgerechnet in der Verwaltung jenen Ort und jenen Adressaten vermutet, wo TA eine Rolle als "ehrlicher Makler" (modern: Mediator) konfligierender gesellschaftlicher Interessen zu spielen imstande sei, und zwar langfristig gesehen sogar mit "partizipativem" (124) Zuschnitt.

Dem könnte entgegengehalten werden, es handele sich bei Tichys Beitrag gerade nicht um das Plädoyer für eine wissens- und wissenschaftsbasierte Entscheidungsberatung alten, szientifischen Stils, sondern um ein Plädoyer, das von einem modernen, "verhandelnden" Staat ausgeht, der sich in dieser seiner neuen Rolle der TA-Institutionen als seiner Mediatoren bedienen möge (vgl. etwa Zweck 1993). Aber alles, was Tichy im Kontext der alten wie neuen TA-Stärken ausführt, einschließlich der erwähnten Lanze, die er für "klassische" Prognosen bricht, widersprüche einer solchen Lesart weitgehend.

Mehr noch, eigentlich bin ich geneigt zu glauben, Tichys neue TA ist eigentlich *die ganz alte* –, indem sie nämlich kraft ihrer "Zusammenschau" kognitive und normative Ordnung in das Wirrwarr widerstreitender Stimmen bringt und so mit ihren "Vorlagen" der Verwaltung erlaubt, "bessere(!) politische Entscheidungen" zu treffen (123)! Ohne TA hingegen, dies macht er am Beispiel der "Telekommunikationsmärkte" klar, wären nämlich die "Regulierungsbehörden heillos überfordert" (125). Dem aufmerksamen Leser wird in diesem Zusammenhang auffallen, daß Tichy anscheinend recht genau weiß, welches der "richtige" und welches der "falsche" Weg bzw. welches die "bessere Lösung" sind (126). Sein Beispiel aus dem Bereich der Telekommunikation vermag ich selbst

zwar nicht zu beurteilen; im Regelfall verbitten sich TA-Adressaten jedoch solche Bewertungen, es sei denn, sie stimmen mit ihren eigenen überein.

Ein letztes Wort vielleicht zu Tichys feinsinniger *Unterscheidung zwischen "Entscheidungsbeeinflussung" und Beeinflussung der "Entscheidungsvorbereitung"* (128). Fehlende Entscheidungsbeeinflussung war ja einer jener eher praktischen Gründe für seine Diagnose, daß "klassische TA nicht mehr paßt". Ich habe bereits betont, daß das klassische (bzw. "strategische Rahmen"-)Programm eigentlich durchgängig Abstand vom Anspruch auf Steuerung bzw. Entscheidungsprägung nimmt und sich seit vielen Jahren explizit auf *Entscheidungsvorbereitung* orientiert. Insofern also wiederum: auch im Osten nichts Neues. Ob und wie auf diese Weise "Einfluß auf aktuelle Entscheidungen" (128) gewonnen wird, läßt sich nur schwer – und schon gar nicht generalisierend beantworten. Es gibt einerseits (sehr seltene) Fälle, wo Entscheidungsträger – aus nachvollziehbaren Gründen – einen recht evidenten "Einfluß" von TA-Studien ex post in Abrede stellen. Im Regelfall jedoch wird man retrospektiv kaum sicher beurteilen können, ob Entscheidungen ohne (bzw. mit) TA-Studien anders getroffen worden wären, als dies faktisch der Fall war. Soziopolitische Prozesse lassen sich (ähnlich wie komplexe Naturprozesse) bekanntlich nicht experimentell wiederholen und kontrollieren. Daher beschränken sich Evaluationsversuche zur wissenschaftlichen Entscheidungsberatung meist auch auf recht äußerliche "Einfluß"-Indikatoren (Extensität der politischen Befassung, Medienresonanz, etc.), an denen weitgehende Zweifel erlaubt und geläufig sind.

Dessen ungeachtet versucht Tichy in seinen abschließenden Bemerkungen, dem bodenlosen Faß gleichsam die Krone aufzusetzen, wenn er die (klassische!) Orientierung auf Entscheidungsvorbereitung "vielfach für nützlicher und chancenreicher" ansieht, "als die Entscheidenden zum Zeitpunkt der Entscheidung, also relativ spät, zu beraten" (ebd.).

Offenkundig hat sich gegenüber dem unmittelbar vorhergehenden Satz zur Einflußlosigkeit klassischer TA der Gegenstand der Aussage verschoben – von der Frage der Steuerungsmöglichkeit zur Frage des *Zeitpunkts* der Beratung. Aber auch dann kann ich ihr wenig

Sinn abgewinnen. Was im Hinblick auf Entscheidungen und Entscheidungsberatung "relativ früh" und "relativ spät" ist, hängt weitgehend von Gegenstand, Reichweite und Typus der Entscheidung ab. Insofern könnten einerseits etwa "frühe" und entscheidungsferne "Orientierungsstudien" (s.o.) als vorstrukturierend und somit entscheidungsrelevant erachtet werden. Umgekehrt ließe sich andererseits ebenso leicht vorstellen, daß "frühe" Beiträge zur Entscheidungsvorbereitung zum Zeitpunkt der Entscheidung bereits "veraltet" sind –, was Tichy im Kontext seiner Kritik an "umfassenden" TA-Studien ja durchaus geläufig ist.

Nach alledem vermag ich weder zu erkennen, was das "Neue" an den von Tichy identifizierten TA-Aufgaben sein soll – noch, inwiefern die "klassische TA", deren Stärken er doch immer wieder beschwört, programmatisch fehlgegangen sei. Wenn überhaupt, so ließe sich wohl eher resümieren, daß Tichy tendenziell gar zu solchen Positionen und Aufgabenbestimmungen *zurückkehrt*, die heute von vielen TA-Praktikern *nicht mehr* geteilt werden können.

* Bob Dylan, 1964.

** Gunther Tichy: Ehrliche Makler gefragt – Neue Aufgaben für die Technikfolgen-Abschätzung. In: TA-Datenbank-Nachrichten Nr. 2, 7. Jg., Juni 1998, S. 121-129 (Diskussionsforum); Seitenangaben in Klammern beziehen sich auf diesen Text.

Literatur

Bechmann, Gotthard; Gloede, Fritz (1991): Erkennen und Anerkennen. Über die Grenzen der Idee der "Frühwarnung". In: Petermann, Thomas (Hrsg.): Technikfolgenabschätzung als Technikforschung und Politikberatung. Frankfurt, S. 121 - 150.

Casper, Barry M. (1978): Anspruch und Wirklichkeit der Technikfolgen-Abschätzung beim US-amerikanischen Kongress. Nachdruck in: Dierkes, Meinolf; Petermann, Thomas; von Thienen, Volker (Hrsg.): Technik und Parlament. Berlin 1986, S. 205 - 237.

Gloede, Fritz (1987): Neuartige Hilfsmittel zur Stärkung der Innovationskraft: Dauerbeobachtung, Folgenabschätzung, Frühwarnung. In: Böhret, Carl (Hrsg.): Herausforderungen an die Innovationskraft der Verwaltung. Opladen, S. 157 - 168.

Gloede, Fritz (1991): Rationalisierung oder reflexive Verwissenschaftlichung? In: Petermann, Thomas (Hrsg.): Technikfolgenabschätzung als Technikforschung und Politikberatung. Frankfurt, S. 299 - 328.

Paschen, Herbert; Gresser, Klaus; Conrad, Felix (1978): Technology Assessment – Technologiefolgenabschätzung. Frankfurt.

Schmittel, Wolfram (1994): Institutionalisierung von TA in international vergleichender Perspektive. In: Bechmann, Gotthard; Petermann, Thomas (Hrsg.): Interdisziplinäre Technikforschung. Frankfurt, S. 321-346.

Vig, Norman; Paschen, Herbert (Hrsg.) (1998): Parliaments and Technology – The Development of Technology Assessment in Europe. New York (in press).

Westphalen, Raban Graf von (1997): Technikfolgenabschätzung. München, 3. Auflage.

Wynne, Bryan (1975): The rhetoric of consensus politics. A critical review of technology assessment. In: Research Policy 4, S.108-158.

Zweck, Axel (1993): Die Entwicklung der Technikfolgenabschätzung zum gesellschaftlichen Vermittlungsinstrument. Opladen.

« »